

Änderungsantrag

vom 12.09.2019

für den

Kreistag

am 16.09.2019

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der CWE-Fraktion zu TOP II.2.
vom 12.09.2019, eingegangen am 12.09.2019
„Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage – Verbleib der Einnahmen
bei den Städten und Gemeinden“**

Antrag:

- 1) Der von der Hessischen Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf „Starke Heimat“ über die zukünftige Verwendung der wegfallenden Gewerbesteuerumlage ab 2020 setzt die vom Kreistag des Landkreises Fulda im März 2020 beschlossene Resolution nur teilweise um und wird daher in der jetzigen Form abgelehnt.
- 2) Der Fuldaer Kreistag fordert daher Landesregierung und Landesgesetzgeber auf, den gesamten Umfang der Gewerbesteuerumlage an die Kommunen weiterzuleiten, ohne daran Bedingungen oder Voraussetzungen zu knüpfen. Dabei soll insbesondere auch die Berücksichtigung von ländlichen und finanzschwachen Kommunen abgebildet werden.
- 3) Der Kreistagsvorsitzende wird beauftragt, diese Resolution den Fraktionen des Hessischen Landtags, der Hessischen Landesregierung und den Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis Fulda mit der Bitte um Stellungnahme zuzusenden.
Die Stellungnahmen sind dem Kreisausschuss und den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen und –gruppierungen zuzuleiten.

Begründung:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung im März 2019 einstimmig eine Resolution verabschiedet, die das Land auffordert, die wegfallende Gewerbesteuerumlage wieder den Kommunen zuzuteilen und dabei innerhalb des KFA eine bessere Förderung von ländlichen und finanzschwachen Kommunen zu ermöglichen. Diese Position des Kreistags sollte unbedingt und erneut bekräftigt werden. Im Übrigen wird auf den Inhalt der damaligen Resolution verwiesen.